



## **Dr. Valerie Wilms**

Mitglied des Deutschen Bundestages

### **Asylpolitik aus einem Guss dringend nötig**

Derzeit scheint es in der Asylpolitik nur eine Richtung zu geben: „Rette sich wer kann“. Da verspricht der Bund beim Flüchtlingsgipfel im Frühjahr eine Milliarde zusätzliches Geld für Länder und Kommunen sowie eine institutionelle Unterstützung. Tatsächlich schafft es aber der Bund bis heute nicht, deutlich mehr Entscheider beim Bundesamt für Migration einzusetzen und so zu einer angemessen kurzen Bearbeitungszeit zu kommen.

Viele Initiativen aus der Politik verlaufen ins Leere, weil eine übergreifende Koordination und eindeutige Verantwortlichkeiten fehlen: Der Bund ist froh, dass er nur entscheiden aber sich nicht mit Unterbringung und Abschiebung beschäftigen muss, die Länder sind froh, dass sie zwar mehr Geld für die Flüchtlingsunterbringung bekommen aber nicht für die dauerhafte Integration sorgen müssen - erst recht nicht für die Abschiebung nach einem erfolglosen Asylverfahren. Denn das müssen letztendlich die Kreise machen und die Kommunen sich um die lokale Integration kümmern. Den Kommunen als letzten in dieser Kette fehlt aber ein direkter Zugang zu den Geldern des Bundes, denn das wird immer nur indirekt über die Länder verteilt mit entsprechenden Schwundmöglichkeiten.

Noch prekärer wird das ganze System, wenn einzelne versuchen, Vorteile zu Lasten der anderen zu erzielen. Wenn der Landrat des Kreises Steinburg nun eine Erstaufnahmestelle des Landes für Migranten in seinem Kreis fordert, dann macht er das nicht, um die Neubürger (wie nach dem 2. Weltkrieg mit den Vertriebenen) besser zu integrieren, sondern um das Gegenteil zu erreichen. Denn wenn mehr in einer Erstaufnahmestelle aufgenommen werden, erhalten der Kreis und dessen Kommunen weniger Migranten zur dauerhaften Unterbringung. Ein weiteres Problem ist die direkte Mittelzuweisung pro Migrant vom Land an die Kommunen: Deswegen muss der Kreis Pinneberg jetzt den seit Jahren bestehenden und gut funktionierenden Vertrag mit dem „Diakonieverein Migration“ auflösen. Die Kommunen wollen den vom Land zugesagten einmaligen Betrag von 900 EUR für die Integration selber einnehmen und ausgeben.

So kann es nicht weiter gehen. Gerade nicht angesichts des massiven Bedarfs an der Integration von Bürgerkriegsflüchtlings. Föderalismus ist gut, um Machtkonzentration zu verhindern. Aber wir müssen uns an sinnvoller Stelle auch etwas mehr Zentralismus leisten, um schneller und effektiver handeln zu können und klare Verantwortlichkeiten zu haben. So könnte der Bund sich direkt um die Erstaufnahme und Erstunterbringung einschließlich der Grundkurse zum Erlernen der deutschen Sprache in eigenen Einrichtungen und innerhalb eines kurzen Zeitraums von maximal 3 Monaten kümmern. Zahlen soll der Bund nach Auffassung der Länder sowieso dafür. Durch die Neustrukturierung der Bundeswehr stehen dem Bund auch Liegenschaften zur Verfügung. Und danach kümmern sich die Kommunen dann weiter um die vollständige Integration. Dazu müssen sie natürlich auch endlich direkt vom Bund bezahlt werden.

Lamentieren, Schuldzuweisungen und Forderungen nach mehr Geld aus der Kasse des Bundes alleine führen uns keinen Schritt weiter. Beseitigen wir endlich die Hindernisse und das Gestrüpp in unserem Verwaltungsdickicht. Die Chance zur Schaffung von neuen, langfristig weiterführenden Lösungen haben wir heute, wenn wir es denn wollen. Die gerade laufenden Verhandlungen für die notwendige Anpassung der Bund-Länder-Beziehungen bis

Ende 2019 bieten sich dazu an. Wir müssen endlich umschalten von Trippelschritten zu dem hier skizzierten großen visionären Sprung.